Potsdams andere Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2020 Nr. 5 · 16. Jahrgang

„Solidarisch ist man nicht alleine“

Kundgebungen und -feste zum 1. Mai 2020 deutschlandweit abgesagt

Das Motto der DGB Gewerkschaften zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2020 lautete "Solidarisch ist man nicht alleine". Als zentrale DGB-Kundgebung war Hamburg vorgesehen. Jedoch - aufgrund der aktuellen Corona-Krise - hat der Deutsche Gewerkschaftsbund in diesem Jahr nicht zu öffentlichen Kundgebungen am 1. Mai aufgerufen. Ebenso fand in Potsdam die traditionelle Maikundgebung und das Maifest, deren maßgeblicher Teil auch die Potsdamer LINKE ist, nicht statt.



„Zum ersten Mal in der 130jährigen Geschichte des Internationalen Tages der Arbeit werden die Gewerkschaften den 1. Mai nicht auf Straßen und Plätzen feiern und bundesweit zu Kundgebungen aufrufen. Die Solidarität, die die weltweite Ausbreitung des Corona-Virus uns allen abverlangt, zwingt uns auch zu einer historisch einmaligen Entscheidung. Auch dieses Jahr steht der Tag der Arbeit für die Solidarität und das Füreinander-Einstehen der Beschäftigten. Wir können es heute schon beobachten: Überall erblühen neue Formen der Solidarität", erklärte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann angesichts der Corona-Krise. Dies bedeute aber aktuell zu allererst, so Hoffmann weiter: „Solidarität heißt in diesem Jahr: Abstand halten.“

Unser Krankenhaus! Unsere Verantwortung!

Klare Perspektive für die Beschäftigten des Klinikums



Die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. stellten am 23. April 2020 gemeinsam mit ver.di ihren Antrag für die Stadtverordnetenversammlung am 6. Mai 2020 der Öffentlichkeit vor. Damit erfüllen sie einen weiteren Punkt aus ihrer Kooperationsvereinbarung. Die Rathauskooperation stellt sich hinter die Belegschaft des Klinikums, die seit Wochen unter schwierigen Bedingungen mit größtem Einsatz die aktuelle Ausnahmesituation bewältigt. Im Kern geht es darum, wie die Rückkehr der Klinikgruppe „Ernst von Bergmann“ in den TVöD und den kommunalen Arbeitgeberverband zum 1.6.2020 umgesetzt werden soll.

Dazu erklärten die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung, **Dr. Sigrid Müller und Stefan Wollenberg**: „DIE LINKE. Potsdam hat das Bürgerbegehren von Anfang an unterstützt. Viele unserer Mitglieder haben gemeinsam mit den Initiatoren aktiv Unterschriften gesammelt. Deswegen sind wir sehr froh, dass wir unsere Kooperationspartner SPD und Grüne überzeugen konnten, nun gemeinsam diesen Weg zu gehen. Damit setzen wir ein wichtiges Signal für die Beschäftigten am Klinikum und schaffen Klarheit in dieser lange umstrittenen Frage.“

Wollenberg, der gleichzeitig auch Landesgeschäftsführer der Brandenburger LINKEN ist, ergänzte: „Die Rückkehr in den TVöD ist ein längst überfälliger Schritt. Ich hoffe sehr, dass er auch eine Signalwirkung für die anderen Krankenhausstandorte in Brandenburg entfalten kann. Eine Lehre aus der Corona-Krise muss es sein, das System der Krankenhausfinanzierung und des Gesundheitswesens insgesamt auf den Prüfstand zu stellen.“

Die anderen demokratischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung sind zur Mitzeichnung eingeladen. Eine Beschlussfassung ist für die Stadtverordnetenversammlung am 06. Mai geplant.

DIE LINKE setzt sich seit Jahren für ein gutes Krankenhaus der öffentlichen Daseinsvorsorge mit genügend Personal, hohen hygienischen Standards, motivierten, tariflich bezahlten Mitarbeitern*innen und zufriedenen Patienten*innen ein. Bereits im Kommunalwahlprogramm forderte DIE LINKE: “Wir wollen das Klinikum "Ernst von Bergmann" (EvB) bedarfs- und nicht gewinnorientiert ausrichten und fordern bis 2020 die Rückkehr des EvB in den kommunalen Arbeitgeberverband und die Tarifbindung.”

Hierzu erklärte **Roland Gehrmann,** Kreisvorsitzender der Potsdamer LINKEN: “Mit der Umsetzung des Zukunftsantrages werden die Mitarbeiter*innen des städtischen Klinikums Ernst-von-Bergmann als elementare Verantwortungsträger*innen unserer Gesellschaft nun zukünftig anständig bezahlt. Damit ist eine zentrale Forderung der LINKEN erfüllt und ein erster Schritt hin zu einem modernen, zukunftsfähigen und auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichteten Krankenhauses getan.”

DIE LINKE richtet ihren Dank an die Initiator*innen der Bürgerbegehren für faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe Ernst-von-Bergmann, sowie an die vielen Potsdamer Bürger*innen, welche mit Ihren 35.107 Unterschriften die Bürgerbegehren unterstützt haben. Gesundheit ist keine Ware und der Mensch geht vor Profit.

In dieser Ausgabe

2 LINKS kommentiert
Der Virus Kapitalismus / 75 Jahre Seelower Höhen

3 LINKS intensiv
Die Ziele der LINKEN sind richtig und umsetzbar

4 LINKE Kalenderblätter
8. Mai – Tag der Befreiung / Kalenderblätter des Monats Mai

5 LINKS IM RATHAUS
Was machen unsere Abgeordneten in der Corona-Krise?

6 LINKS DIREKT
Potsdamer Extavium gerettet/Entschlossen gegen Pflegenotstand / Konkrete Solidarität mit Flüchtlingen / **7** Kinder und Familien vor Armut schützen / Hilfe mit 100 Familienpaketen

8 DIE LETZTE SEITE
Einkaufstipps zum Zuhören / Neues Lastenrad für Potsdam / Nachruf für Joachim Mückenberger / Pressefest der „Roten Reporter“ geplant

ACHTUNG:

Unsere Redaktion ist seit dem 1. April 2020 unter der neuen Telefonnummer 0176 – 32 79 36 59 (d.) und/oder unter 0157 – 84 95 76 55 (p.) zu erreichen.

Informationen der Redaktion

Die Juni-Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am Dienstag, 2. Juni 2020. Redaktionsschluss ist dann am 22. Mai 2020.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

„Der Virus heißt Kapitalismus!“



Aufschrift an der Potsdamer Brücke

Auf dem Weg zu meinem Garten sah ich am Montag, dem 6. April, an der Brücke über die B2, dem bekannten Weg zum alten Landtag, die Aufschrift: "Der Virus heiszt Kapitalismus." Zwei Tage später war diese Feststellung etwas angekratzt, offensichtlich hat sie jemandem nicht gefallen! Dennoch bleibt sie wahr, denn andauernder Neoliberalismus und ungebremste Globalisierung wirken menschenverachtend und machen die Gesundheit zur Ware. Ich hatte es in meiner 5jährigen Tätigkeit als Gesundheitsministerin der ersten rot/roten Landesregierung 2009-2014 mit drei Gesundheitsministern im Bund zu tun, zweimal FDP und einmal CDU. Das sagt alles! Insbesondere auch deshalb, weil ca. 80% aller Entscheidungen in der Gesundheitspolitik auf Bundesebene getroffen werden. Da gehört der Einfluss der Pharmaindustrie ganz maßgeblich dazu. Die Corona-Krise offenbart uns ganz schmerzlich, dass es jetzt zwingend an der Zeit ist, das Gesundheitswesen vom Kopf auf die Füße zu stellen. Denn vielerorts in der Republik gibt es einen unerträglichen Krankenhausnotstand. Unter den extremen Pandemiebedingungen wird noch deutlicher als im normalen Krankenhausalltag, dass es eine krasse gesetzliche Fehlentscheidung ist, dass die Krankenhäuser nach marktwirtschaftlichen Fallpauschalen arbeiten müssen. Wir in Brandenburg sind mit unserem Landes-Krankenhausplan, den wir unter linker Verantwortung 2013 gemeinsam erarbeitet haben und der heute noch eine zuverlässige Arbeitsgrundlage für die grüne Gesundheitsministerin ist, vergleichsweise gut aufgestellt. Wir erhalten damit alle Krankenhäuser im Land, öffnen sie im ländlichen Raum für die ambulante Versorgung, setzen auf Vernetzung und Kooperation der Krankenhäuser miteinander und haben die Investitionen für die Krankenhäuser weiter erhöht. Das reicht aber nicht aus. Denn solange der neoliberale Kurs des Bundes in der Gesundheitspolitik mit dramatischer Unterfinanzierung bei Investitionen und Unterbezahlungen der Beschäftigten beibehalten bleibt, wird in Brandenburg die Lage immer schwieriger. Wir Linke wollen, dass das Gesundheitswesen eine gesicherte und zuverlässige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge wird. Dazu brauchen wir endlich eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und die die medizinischen Leistungen für alle Menschen bedarfsgerecht sichert. Und in unseren Städten und Landkreisen brauchen wir die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die Pandemie hat uns das gerade wieder verdeutlicht.
Unseren großen Respekt und Hochachtung verdienen die Beschäftigten im Gesundheitswesen, ob im Krankenhaus, in der Arztpraxis oder in der Pflege. Sie haben die Hauptlast in dieser Krise zu tragen und brauchen dafür umgehend eine gute und angemessene Bezahlung. Unsere Beteiligung an der Unterschriftensammlung für eine bessere Bezahlung aller Beschäftigten im Ernst von Bergmann war da schon wichtiger Beitrag. Wir bleiben dran!

Anita Tack

Seelow mahnt: Nie wieder!

Erklärung des Brandenburger Europaabgeordneten Helmut Scholz (LINKE) zum 75. Jahrestag der Schlacht um die Seelower Höhen



Denkmal an den Seelower Höhen

In diesem Frühjahr jährt sich zum 75. Mal der Beginn der Schlacht um die Seelower Höhen. Bis zu 200.000 Soldaten der Roten Armee fielen in der entscheidenden Offensive vor Berlin; 100.000 Wehrmachtsangehörige verloren ihr Leben in den letzten Tagen des vom faschistischen „Deutschen Reich“ angezettelten Vernichtungskriegs, der Europa in ein Trümmerfeld mit Millionen Toten verwandelte.
Zurecht würdigen wir heute den überragenden Anteil, den die Sowjetunion und ihre Rote Armee zur Befreiung Deutschlands vom Hitler-Faschismus und zur Zerschlagung des Nationalsozialismus leistete. Zugleich gibt es leider noch immer reichlich Anlass, unseren Kampf gegen das Wiederaufleben von völkischer Ideologie, von Antisemitismus und Neofaschismus sowie Hass gegen Andersdenken und -leben zu verstärken. Mit der AfD sitzt eine Partei in Landtagen und Bundestag, die teilweise offen Anleihen beim Nationalsozialismus nimmt und aus deren Reihen unverblümt Geschichtsrevisionismus betrieben wird. Auch in zahlreichen anderen EU-Mitgliedsstaaten gehören Vertreter*innen rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien den Parlamenten an, in Ländern wie Italien, Österreich oder Ungarn waren oder sind sie sogar an der Regierung beteiligt. Im vergangenen Jahr gab es allein in Deutschland 22.337 rechte Straftaten, fast 2.000 mehr als 2018. Und die Zahl antisemitischer Delikte stieg 2019 abermals – auf fünf pro Tag! Zudem reicht das Verdrängen der Komplexität von Ursachen und Folgen des 2. Weltkrieges bis weit hinein in die Tagespolitik vieler EU-Mitgliedstaaten.

Deshalb mahnt Seelow auch heute: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Die Coronakrise zeigt uns:
Die Ziele der LINKEN sind richtig und umsetzbar



Liebe Genossinnen und Genossen,
seit mehreren Wochen ist Deutschland durch die Corona-Pandemie im Ausnahmezustand und fordert unsere Gesellschaft in beispielloser Form heraus.
Die Risikoverteilung trifft nicht alle gleich. Nach heutigem Kenntnisstand besteht insbesondere für bestimmte Risikogruppen wie ältere Personen und Menschen mit Vorerkrankungen bzw. chronisch Kranke ein deutlich erhöhtes Sterberisiko. Die sogenannten Eindämmungsmaßnahmen wirken sich insbesondere auf Menschen in verletzlichen Lebenslagen negativ aus. Familien mit geringem Einkommen und Kindern in kleinen Wohnungen oder auch Alleinlebende sind wesentlich stärker von negativen Auswirkungen der Maßnahmen betroffen als gut Verdienende, die in ihren großen Wohnungen Home Office machen können. Auch ist damit zu rechnen, dass die häusliche Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Kinder zunimmt. Ein großes Problem besteht im Mangel an Schutzkleidung.
Auch wenn in der öffentlichen Meinung das Krisenmanagement durch Bund und Länder überwiegend positiv beurteilt wird, ist dennoch festzustellen dass besonders der Mangel an Schutzkleidung ein gravierendes Politikversagen darstellt. Besonders die Infektionsgefahr in Einrichtungen der Altenpflege, die ihren Grund in einem Mangel an Schutzkleidung hat, führt durch die Besuchsverbote zu unmenschlichen Situationen.

Die Corona Pandemie verstärkt soziale Ungleichheit

Die von uns Linken bereits schon seit langem angeprangerte Ungleichheit bei der Bezahlung von Männern und Frauen zeigt in der Krise ihre ganze Problematik. Sind es doch vor allem Frauen, die in den Supermärkten die Kassen besetzen und Regale füllen und die in der Pflege in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Kitas und Grundschulen einerseits als „systemrelevant“ klassifiziert werden, auf der anderen Seite aber statt mit gerechter Bezahlung mit Applaus vom Balkon abgespeist werden. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie trifft die benachteiligten Berufsgruppen am stärksten. Das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen Folgen der Krise, die natürlich auch wieder vorrangig die prekär Beschäftigten, die Zeit-Arbeitskräfte, die Solo-Selbstständigen, Minijober*innen und Honorarkräfte treffen, lassen sich zur Zeit noch gar nicht überschauen. Auch wenn Bund und Länder Hilfsprogramme aufgelegt haben, ist schon jetzt absehbar, dass viele Menschen ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen können, ihre Darlehen nicht bedienen können, Privatinsolvenzen anmelden und in die Armut abrutschen werden.
All die Dinge, die wir in den letzten Jahren zwischenmenschlich und gesellschaftlich vernachlässigt haben, zeigen sich nun massiv. Alle diese Folgen treffen nicht zufällig in dieser Qualität auf die angesprochenen Bevölkerungsgruppen: Sie sind Folge eines Systems, welches inzwischen selbst von Vertreter*innen der Wirtschaft als Raubtierkapitalismus bezeichnet wird. Die Wirtschaft ist nicht mehr für die Menschen da, sondern die Menschen für die Wirtschaft. Die bereits seit Jahrzehnten festzustellende zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft die immer mehr abnehmende Chancengleichheit, ihren Mangel an Solidarität und die fehlenden Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zeigen jetzt ihre brutalen Konsequenzen.
Die Maßnahmen der Regierung in der Krise, zum Beispiel die Reduzierung des Individualverkehrs, die Bereitstellung von Finanzmitteln für kleine und mittlere Unternehmen, die teilweise Verstaatlichung von Großunternehmen, wie zum Beispiel der Lufthansa machen deutlich, dass viele Forderungen linker Politik, die in der Vergangenheit als utopisch abgetan worden sind, in keiner Weise unrealistisch sind.
Wenn wir die Coronakrise überwunden haben wartet die nächste unerledigte Krise auf uns: der Klimanotstand! Wenn wir klug sind, ziehen wir aus den gegenwärtigen Ereignissen unsere Lehren und bauen eine ökologisch nachhaltige, sozialgerechte, an der Gesundheit aller Menschen orientierte Gesellschaft auf! Aus dem Raubtierkapitalismus muss ein demokratischer Sozialismus werden. Die Krisen zeigen:: wir Linken sind mit unseren Zielen und Werten auf dem richtigen Weg. Machen wir gemeinsam etwas draus!
Solidarische Grüße

Martina Trauth

Ostermarsch virtuell

Vor 60 Jahren fanden in Deutschland die ersten Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Die Corona-Krise verhindert nicht nur, dass auch im Jubiläumsjahr wieder Tausende Menschen auf die Straße gehen, um für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren. Sie macht auch deutlich, dass dieses Engagement gerade in Krisenzeiten unverzichtbar ist. Das Netzwerk Friedenskooperative hatte deshalb unter der Adresse www.ostermarsch.de zu einem "Virtuellen Ostermarsch 2020" aufgerufen: Ein digitales Peace-Zeichen soll mit eigenen Fotos gefüllt werden. Eine Idee, die wir gern unterstützen!



Kreisvorsitzende Martina Trauth Foto: DIE LINKE.Potsdam

Bundesparteitag wird verschoben

Am 14. April 2020 hat der Vorstand der Partei DIE LINKE den Beschluss gefasst, den für Juni angesetzten Bundesparteitag zu verschieben. Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer der Partei, dazu:
Wir haben uns diese Verschiebung nicht leicht gemacht. Allerdings ist unter den gegenwärtigen Bedingungen weder eine vernünftige Vorbereitung des Parteitags möglich, noch könnten wir die Sicherheit der Teilnehmenden gewährleisten. Denn weiterhin gilt: die Verlangsamung der Pandemie und damit der Schutz von uns allen hat absoluten Vorrang. Nach dem derzeitigen Stand wird der Parteitag nun im Herbst stattfinden.

Die Opfer mahnen uns!

In diesen Tagen jährt sich zum 75. Mal der Tag der Befreiung der faschistischen Konzentrationslager. In Brandenburg gab es nicht nur die großen Lager, wie Sachsenhausen und Ravensbrück, sondern auch viele Außenlager, von denen heute zum Teil kaum noch Spuren vorhanden sind. Da wie dort litten Hunderttausende von Menschen aus ganz Europa, starben Zehntausende an den Folgen von Hunger, Folter, medizinischen Experimenten und schwerer Arbeit oder durch systematische Ermordung.
Diesen Jahrestag wollten die wenigen überlebenden Häftlinge und ihre Angehörigen noch einmal mit uns Brandenburgern begehen. Die Corona-Krise hat leider diesem Gedenken einen Riegel vorgeschoben. Und so gedenken die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Landtag der Schrecken der Nazizeit vor allem im Stillen und da, wo es noch möglich ist an den authentischen Orten der Verfolgung. Kränze wird es geben: in Sachsenhausen und in Ravensbrück. Wir verbinden unser Gedenken mit der Gewissheit: Nie wieder dürfen in Deutschland Menschen an die Macht kommen, die Krieg wollen und die Menschen vernichten wollen, weil sie anders glauben, anders aussehen oder anders lieben. Dieser Verantwortung stellen wir uns im Landtag und überall im Land, jeden Tag neu.

Kalenderblätter Mai

1835

Öffentliche Anlagen schonen

Potsdamer Polizeiverordnung vom 23. Mai: "Es sind schon vielfältige Verordnungen erlassen, daß die öffentlichen Anlagen sowohl in als außerhalb der Stadt geschont und nicht durch Reiten, Spielen und Fahren, noch viel weniger durch Muthwillen und gottlose Hände verdorben und ruiniert werden sollen, und gleichwohl wird diesen Verordnungen auf das strafbarste entgegengehandelt. Diese Warnung richtet sich ausnahmslos an das Gesinde und tagbedienstete Arbeiter..." -rt

1890

Rote Fahnen in Nowawes

Die Tabakarbeiter begehen am Abend des 1. Mai eine Maifeier. Die Mitglieder der "Zahlstelle des deutschen Tischlerverbandes" treffen sich gegen 15.00 Uhr am Obelisk, um nach Eiche zu marschieren. In Potsdam sieht man – wie der "Märkischen Zeitung" vom 03. Mai 1890 zu entnehmen ist, "...vereinzelte Streikende ... in den Straßen mit rothen Krawatten.". In Nowawes ziehen Arbeiter mit roten Fahnen in den Wald von Steinstücken.

1930

Einbruch im Baberini

Im Palast Barberini wird am 16. Mai eingebrochen; die Einbrecher verwüsten zwar die Telefonzentrale und die Volksbücherei, finden jedoch nur ein paar Tafeln Schokolade und 30,- Mark

1945

Der Mai vor 75 Jahren

Das Babelsberger Antifa-Komitee ruft am 14. Mai "alle ehrlichen Antifaschisten" auf. Folgende Aufgaben werden genannt:
1. Kontrolle des kommunalen Verwaltungsapparates
2. Strenge Beaufsichtigung der Faschisten und ihrer Helfershelfer und ihre Heranziehung zur Beseitigung der Kriegsschäden
3. Sicherung der Ernährung und Verteilung der Güter nach sozialen Gesichtspunkten
4. Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung
5. Glaubens- und Gewissensfreiheit".
In einem Befehl des Potsdamer Stadtkommandanten vom 25. Mai zur Rückgabe gestohlener Museumsgegenstände heißt es: "Es ist festgestellt worden, daß während der Kampfhandlungen von in Potsdam wohnhaften Personen eine große Anzahl von Museumsgegenständen, die sich in Schlössern, Villen und privaten Wohnungen befunden haben, entwendet worden sind. Ich ordne an, daß innerhalb 18 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls sämtliche obengenannten Museumsgegenstände der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Potsdam zurückerstattet werden. Annahme der Gegenstände im Schloß Sanssouci täglich von 9-16 Uhr. Personen, die diese Gegenstände in der festgesetzten Zeit nicht abgeliefert haben, werden als Plünderer und für Nichtbefolgung meines Befehls zur strengen Verantwortung gezogen."
Der ehemalige ukrainische Zwangsarbeiter Alexander Kokopenko (22) rettet am 28. Mai im Potsdamer Ortsteil Bergholz-Rehbrücke drei Jungen, zwischen acht und zwölf Jahre alt, das Leben. Auf sein erschrecktes Rufen hin werfen die Jungen die Handgranate weg - allerdings in seine Richtung; die explodiert und Kokopenko wird an den Beinen schwer verletzt. Bis zum 08. 02. 1946 muss er im St. Josef-Krankenhaus verbleiben.
Am 6. Mai ist das Potsdamer Wassernetz teilweise wieder hergestellt.
Am 11. Mai gründet sich die KPD-Betriebsgruppe bei Orenstein & Koppel.

1950

Deutschlandtreffen und „Richterschule"

Die 1.500 Potsdamer FDJ-ler, die am Deutschlandtreffen teilgenommen hatten, werden am 31. Mai im Ernst-Thälmann-Stadion begrüßt. "In Achterkolonnen marschierte die FDJ in das Stadion unter Vorantritt ihres Fanfarenzuges und der Fahnenabteilung. Wie eine blaue Woge schob sich der Festzug über die grüne Rasenfläche des Stadions." (MV, 01. 06. 1950)
In Babelsberg wird am 3. Mai die "Richterschule" eingerichtet - später Akademie für Staat und Recht.

1960

Moissejewensemble im Park Babelsberg

Im Babelsberger Park tritt am 10. Mai das sowjetische Moissejew-Ensemble vor 35.000 Zuschauern auf. "Begeisterter Applaus unterbrach immer wieder die Künstler, die sich mit ihrem Temperament schnell in die Herzen des Publikums tanzten. Das wirbelte und flog durcheinander, das schwebte anmutig, das war tänzerische Meisterschaft, Akrobatik und schauspielerisches Können in einem. Nicht enden wollender Beifall dankte den Künstlern zum Schluss der Veranstaltung. [...] Viktor Moissejew dankte im Namen des Ensembles für die begeisterte Aufnahme, und mit dem Ruf ‚Freundschaft, Freundschaft' verabschiedeten sich die sowjetischen Künstler." (MV, 11. 05. 1960)

8. Mai 1945 – Tag der Befreiung!



Am 8. Mai 1945 war nahezu ganz Europa von Faschismus und Krieg befreit. In Deutschland empfanden vor allem die Überlebenden des Holocaust, der Konzentrationslager und Zuchthäuser und ihre Angehörigen, die befreiten Zwangsarbeiter*innen den 8. Mai als den lang ersehnten Tag der Befreiung. Aber auch wir alle, die wir heute leben, verdanken die Chance eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den alliierten Streitkräften. Die Rote Armee und die sowjetische Bevölkerung hatten die größte Last des Krieges zu tragen. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an die Befreierinnen und Befreier, die Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee, die gemeinsam mit polnischen Kombattantinnen und Kombattanten Berlin befreiten. Unvergessen bleibt der Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand in Deutschland, in der Emigration, in Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Antihitlerkoalition geleistet hat.
Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Naziterror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben. Für die Befreiung Berlins gaben noch über 50.000 Rotarmisten ihr Leben. Bis zur bedingungslosen Kapitulation der Berliner Garnison am 2. Mai erschossen Wehrmacht, Gestapo und SS politische Häftlinge, Deserteure und „Verräter" im Berliner Stadtgebiet. Zuvor waren Zehntausende Insassen der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück und ihrer Außenlager auf Todesmärsche geschickt worden.
In nahezu allen von Nazideutschland besetzten Ländern wurden der 8. und/oder 9. Mai gesetzliche Feiertage, dies war auch in der DDR der Fall. 40 Jahre hat es gedauert, bis ein Präsident der Bundesrepublik den 8. Mai als Tag der Befreiung anerkannt und gewürdigt hat. Bis dahin hatte die Sicht der Nazis, der Profiteure, Mitläufer und Zuschauer das offizielle Vokabular geprägt: Zusammenbruch, Kapitulation, Niederlage, Besatzung, Stunde Null, Neubeginn...
Mit Weizsäckers Rede 1985 wurde die Perspektive der Verfolgten des Naziregimes „gesellschaftsfähig". Ein Tag der Erinnerung und Mahnung oder gar der Freude wurde der 8. Mai jedoch in der Bundesrepublik bislang nicht. Das wollen wir ändern!
Wir fordern, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg endlich ... in ganz Deutschland ein offizieller Feiertag wird, den Tag, den der als Jude und Kommunist, verfolgte Kämpfer der Résistance Peter Gingold 1945 in Mailand als „Morgenröte der Menschheit" erlebt und bezeichnet hat.

Berliner VVN-BdA e.V.

Politik oder Pandemie?

Die Corona-Krise verschiebt unsere Maßstäbe und die drastischen Veränderungen unseres Alltags entziehen sich gewohnten Kategorien. Das gilt auch und erst recht für die Politik. Viele kommunalpolitische Themen liegen seit Mitte März brach – ebenso wie die reguläre Arbeit der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse.
Stattdessen: beinahe tägliche Telefonkonferenzen der Fraktionsvorsitzenden mit dem Oberbürgermeister, mindestens wöchentliche der Fraktion – und die tägliche Frage: welche Probleme müssen trotz Corona gelöst werden? Welche sind erst wegen Corona aufgetaucht, geraten aber in der unmittelbaren Krisenbekämpfung schnell aus dem Blick? Und ein Gefühl, auf das auch wir



Kommunalpolitiker*innen uns ganz neu einstellen müssen: dass sich ganz zentrale Fragen, die derzeit im Vordergrund stehen, einer politischen Debatte und Entscheidung entziehen. Denn Pandemie-Bekämpfung und Infektionsschutz – selbst die Frage einer Krankenhausschließung sind eben keine politischen Entscheidungen. Insbesondere in einer sehr beteiligungsfreudigen Stadt wie Potsdam ist diese Erkenntnis nicht für jeden leicht.
Doch die Gratwanderung bleibt. Die Entscheidung darüber, welche Einschränkungen verhältnismäßig sind und welche nicht – die kann sich der politischen Bewertung nicht entziehen. Denn die Debatte über die praktische Umsetzung der Einschränkungen und die Bewältigung ihrer Folgen – sie ist zutiefst politisch. Und so ist unterm Strich letztlich sogar mehr zu tun als in „normalen" Zeiten.

Stefan Wollenberg

Was machen unsere Abgeordneten in der Corona-Krise?
Arbeiten, helfen, für die Leute da sein!

Isabelle Vandre



In Zeiten von Kontaktsperren und Home Office ist es mir am Wichtigsten im Austausch zu bleiben mit den Vereinen, Verbänden und Einrichtungen, die das städtische Leben Potsdams prägen. Unsere sowieso sehr aktive Zivilgesellschaft hat sich nicht zurückgezogen. Im Gegenteil! Überall wird das Engagement weiter entwickelt und diskutiert, wie die durch die Krise verstärkten Probleme langfristig und grundlegend bewältigt werden können. Wir müssen darüber reden, wie wir vor allem die soziale Infrastruktur, zu der auch Kultur – und Jugendeinrichtungen zählen weiter stärken können.

Michel Berlin

Schnell stellten wir fest, dass es unmöglich ist, den „normalen" städtischen Politikablauf zu gewährleisten und nehmen in Kauf, dass nur die drängendsten Themen behandelt werden können. Das Hauptaugenmerk ist auf die historische Katastrophe dieser Tage gerichtet. Nicht allen PolitikerInnen fällt es leicht zu akzeptieren, dass hauptberufliche Experten das Zepter in der Hand haben und die Politik temporär nur eine begleitende Funktion innehat. Aber praktisch ist Unterstützung, u.a. von Nachbarschaftsinitiativen, die Realpolitik der jetzigen Tage und wird hoffentlich auch nach der Krise weiterhin Bestand haben.



Tina Lange



Bis vor wenigen Wochen war es noch unvorstellbar, aber es geht: Die 180°-Wende, wenn es notwendig scheint. Eine radikale Klimawende & eine Umkehr der globalen Marktwirtschaft hin zu regionaler, stärker verstaatlichter Wirtschaft sind mehr denn je nötig. Wir wissen nun, dass wir zu solch starken Einschnitten sehr wohl fähig sind. Warum schaffen wir das bei einem Virus, aber nicht wenn es um die globale Erwärmung, den Lohn in sozialen Berufen oder um regionale, nachhaltige Stoffkreisläufe geht? Dafür braucht es noch nicht einmal die vollkommene Abschottung, nur die Bereitschaft zum Handeln - für eine nachhaltige Erde & ein lebenswertes Leben; mit dem sozialen, solidarischen & geachteten Menschen im Mittelpunkt.

Dr. Anja Günther



Als Mitglied des Finanzausschusses sehe ich eine große Herausforderung in der aktuellen und einer lang anhaltenden Unkalkulierbarkeit des städtischen Haushalts. Als linke Politikerin wird es für mich eine Herausforderung sein, hier Entscheidungen treffen zu müssen. Gerne möchte ich hierzu vor allem mit den Potsdamer*innen ins Gespräch kommen. In welcher Form das stattfinden kann, v.a. auch mit Risikogruppen, darüber denke ich gerade nach. Die Coronakrise hat aber auch gezeigt, was möglich ist, wenn im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit wesentlich umfangreichere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen oder auch für den Klima- und Umweltschutz strengere Auflagen notwendig werden. Die bisherige, angebliche Alternativlosigkeit der Bundesregierung, existiert mit Corona nicht mehr..

Dr. Sigrid Müller



Als Stadtverordnete und als eine der beiden Fraktionsvorsitzenden lebe ich in dem Spagat zwischen aktiver Mitsprache und -gestaltung wichtiger stadtpolitischer Prozesse und den real bestehenden Möglichkeiten. Die Situation fordert uns eine ganz neue Qualität des Miteinanders und des gegenseitigen Vertrauens ab. Gleichzeitig gibt sie aber auch die Möglichkeit, sich auf das jetzt Wesentliche zu konzentrieren, politische Schwerpunktsetzungen gegebenenfalls neu und in anderen Zusammenhängen zu denken. Das ist Herausforderung und Chance zugleich. Ich hoffe sehr, dass solidarisches Miteinander auch nach überstandener Pandemie das Zusammenleben in allen Bereichen der Gesellschaft tragen wird. Diesen Gewinn gilt es zu erhalten, privat, beruflich und im Ehrenamt.

Ralf Jäkel



Corona soll uns nicht lähmen sondern besser organisieren. Mein Dank gilt allen fleißigen Berufstätigen. Ich verlange die Ablösung von Herrn Grebner ohne Entschädigung wegen Missmanagement am Klinikum. Corona und die Proteste der Mitarbeiter haben deutlich gemacht, welche Mängel dort schon länger bestehen. Die Übersicht über die Patienten fehlte schon vor einem Jahr! Meine Kritik blieb ungehört, die Auflagen der Amtsärztin missachtet. Das Klinikum gehört neu ausgerichtet nach Gemeinwohl. Das Vakuum der Politik muss enden.

Entschlossen und solidarisch gegen den Pflegenotstand!

Spätestens seit Corona wissen es alle: In der Pflege in Deutschland herrscht Notstand. In den Krankenhäusern sind Stationen unterbesetzt. Seit Jahren. Wenn die Arbeitsbelastung steigt, steigt auch das Risiko im Krankenhaus zu sterben: Etwa 15.000 Menschen sterben in einem „normalen" Jahr in Deutschland an Krankenhausinfektionen. Die Hälfte könnte durch bessere Hygiene verhindert werden. Im Alltag auf Station reicht die Zeit nicht einmal für die Desinfektion der Hände. Pflegekräfte halten den Stress nicht mehr aus und werden krank oder verlassen den Beruf. Plötzlich werden Fragen gestellt, die Menschen, viele Menschen bis ins Mark treffen: Wer bekommt ein Beatmungsgerät? Kann ich meine Krebs-Operation durchführen lassen oder wird das Krankenhaus mit Corona ausgelastet sein? Wie sicher sind meine Angehörigen? Wie sicher bin ich selbst im Pflegeheim? Werden die Pflegekräfte abgezogen und im Krankenhaus eingesetzt werden? In der Corona-Krise sind die vielen Risse und Mängel des Gesundheitssystems und in der Pflege offensichtlich geworden. Jahrelang wurden die Krankenhäuser auf Markt und Profit zugeschnitten, es musste sich „rechnen": Die Betten und Stationen müssen immer (fast) ausgelastet sein. Wenn der Bedarf dann steigt wie jetzt mit Corona, gibt es keine Reserven. Das ist schlechte Planung und schlechte Politik, die Tausende Menschen das Leben kosten kann.
Der Pflegenotstand ist lebensgefährlich – für die Beschäftigten und für Patientinnen und Patienten! Und gemeinsam machen wir Druck:
Für 500 Euro mehr Grundgehalt für alle in der Pflege.
Für 100 000 mehr Pflegekräfte im Krankenhaus.
Für 100 000 mehr Pflegekräfte in der Altenpflege.
Für einen gesetzlichen Personalschlüssel, der sich am tatsächlichen Bedarf bemisst!
Für Schutz der Beschäftigten: mit Schutzkleidung und ausreichend Desinfektionsmittel.
Für eine Pflege-Voll-Versicherung, die alle Bedarfe der Gepflegten abdeckt.
Unseren Aufruf dazu kann JEDER/JEDE unterzeichnen unter: www.pflegenotstand-stoppen.de/aufruf-unterzeichnen/

Unser Extavium ist gerettet

Anerkannter Potsdamer Träger „Die Kinderwelt" gGmbH übernimmt ab 01. Mai 2020

Kein Aprilscherz: das Potsdamer Extavium ist gerettet. Am 1. April 2020 unterschrieben der zukünftige Träger „Die Kinderwelt" gGmbH, und die jetzige Betreibergesellschaft die Übernahme der Trägerschaft und vereinbarten eine Weiterführung des Betriebs ab 01.05.2020. Damit war die drohende Schließung nach Ostern abgewendet. Lange hatte das Extavium um die weitere Finanzierung mit der Stadt Potsdam gerungen. Grundsätzlich ist in Potsdam ein breiter politischer Wille für eine Bildungseinrichtung wie das Extavium vorhanden. Viele Kritikpunkte an der Trägerschaft, der Bonität und dem Betreiberkonzept konnten jedoch nicht rechtzeitig ausgeräumt werden, sodass letztlich eine ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation die Schließung des Extaviums zum 19.04.2020 bedeutet hätte. Nicht zuletzt hat auch die Corona-Krise die Lage des Extaviums verschärft. Mit der gemeinnützigen Kinderwelt hat man nun einen erfahrenen Träger gefunden, der nicht nur in Potsdam, sondern im ganzen Land Brandenburg Bildungseinrichtungen wie Kitas und Horte betreibt. Über eine Tochtergesellschaft ist man überdies seit vielen Jahren in der Erwachsenbildung tätig und bildet pädagogische Fachkräfte aus und fort.
„Das Extavium ist eine Bildungseinrichtung von unschätzbarem Wert für die Landeshauptstadt. Es geht um die Erweiterung außerschulischer Lernräume und Erfahrungen, die unmittelbar an den Schulunterricht anknüpfen. Das passiert im Extavium auf den erfolgreichsten Wegen schlechthin – durch Ausprobieren, Experimentieren und Selbermachen.", erklärt Gerald Siegert, Geschäftsführer der Kinderwelt. „Wir sehen einen so wichtigen Lernort in Potsdam in Gefahr und wollen mit unserem professionellen Trägerbackground bei der Neuausrichtung unterstützen."



Geschäftsführer Gerald Siegert mit Dr. Axel Werner (Extavium)

Die Mitarbeiter*innen des Extaviums bekommen einen Arbeitsvertrag ab 01.05.2020 von der Kinderwelt angeboten. Die Finanzen und das Betreiberkonzept wurden intensiv geprüft und überarbeitet. Aktuell ist man auf der Zielgeraden der Neuausrichtung und Profilierung der Bildungseinrichtung.
Aber auch bei der Kinderwelt ist man zu der Einschätzung gekommen, dass eine Bildungseinrichtung wie das Extavium nicht ohne Förderung betrieben werden kann. „Wir werden zeitnah die Gespräche mit dem Fachbereich Bildung aufnehmen und das neue Betreiberkonzept und die Perspektiven vorstellen.", sagt Gerald Siegert. Mit der Übernahme will man eine Brücke für die Weiterentwicklung und Etablierung als feste Bildungseinrichtung in Potsdam bauen. Auch beim Extavium zeigt man sich erleichtert. „Dank des Engagements der Geschäftsführung der Kinderwelt ist gewährleistet, dass die Angebote des Extaviums für die Kinder, Schulen und Familien erhalten bleiben und weiterentwickelt werden können.", sagt Dr. Axel Werner. Wie dringend man eine fundierte Wissenschaft braucht, sehe man aktuell. „Mit einer gelingenden Naturwissenschaftsvermittlung wird die Grundlage für eine funktionierende Wissenschaft gelegt. Bildung und Wissenschaft sind systemrelevant. Diese Kooperation ist ein Glücksfall für Potsdam." so Werner weiter.
Selbst in Krisenzeiten ist das Extavium für Schüler*innen und Kitakinder präsent. In der Lernwerkstatt der Potsdamer LERNWELT ist eine Reihe von Experimentiervideos entstanden, die zum Nachmachen einladen sollen. Es sind Experimente für Kita- und Grundschulkinder, die man ganz einfach zu Hause nachmachen kann.
„Ich bin froh, dass es uns gemeinsam gelungen ist, das Extavium zu erhalten. Die politische Arbeit der LINKEN von Bundes-, Landes und Kommunalebene hat sich gelohnt. Das Extavium, bleibt somit ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft und attraktives Ausflugsziel für die Bürger und Besucher der Stadt. Die funktionierende Naturwissenschaftsvermittlung ist inzwischen auch ein wichtiger ergänzender außerschulischer Lernort und wird unter dem Gesichtspunkt des Klimanotstandes und der notwendigen Wende hin zu einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen weiter an Bedeutung gewinnen", so Sascha Krämer, Stadtverordneter.

Es ist ein Skandal...



...Annegret Kramp-Karrenbauer kündigt mitten in der Corona-Krise den Kauf von neuen atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen für die Bundeswehr an. Gleichzeitig wird darum gestritten, wer die ohnehin nicht sehr üppige Prämie für die Pflegekräfte zahlen soll, die zu Beginn der Pandemie vollmundig versprochen wurde. Die GroKo will keine Steuergelder dafür verwenden, sondern die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen durch zusätzliche Zahlungen zur Kasse bitten. Der Gegenvorschlag von Katja Kipping in ihrer Pressekonferenz am 20. April 2020 überzeugt: Die geplanten Rüstungsmilliarden für die Pflegekräfte und die Pflege verwenden!

Den Solidaritätsbekundungen müssen Handlungen folgen!



Potsdam-Konvoi in Aktion

Während die Auswirkungen der Corona-Krise omnipräsent sind, rückt in Potsdam die besondere Betroffenheit von Menschen auf der Flucht in den politischen Fokus der letzten Wochen. So waren Aktivist_innen von Potsdam-Konvoi und der Seebrücke zu Gast bei "rotbloq meets" und haben mit mir über die katastrophale Situation an den EU-Außengrenzen gesprochen. Beispielhaft sind hier die Zustände im Lager Moria auf Lesbos. Diesen Winter kamen hier durchgängig Asylsuchende an, die Lager sind überbelegt und ein Weiterkommen in andere Länder bleibt den Menschen momentan verwehrt.
Zudem hindern aktuelle Ausgangssperren in Griechenland Hilfsorganisationen daran, die Versorgung in den Lagern aufrecht zu erhalten und gesundheitliche Aufklärung zu leisten. Gleichzeitig haben die Geflüchteten keine Möglichkeit, den erforderlichen Abstand oder die Hygienemaßnahmen einzuhalten. Bereits vor dem Ausbruch des neuartigen Virus war die Lage in Moria unmenschlich, jetzt ist sie lebensbedrohlicher denn je.
Im Landtag wurde auf unsere Initiative hin eine Prüfung beschlossen, ob Kinder aus den Lagern nach Brandenburg geholt werden können. Das könnte in Teilen den Umstand kompensieren, dass das Bundesinnenministerium die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten seit März ausgesetzt und damit das Recht auf Asyl noch weiter ausgehöhlt hat. Ergebnisse lassen jedoch auf sich warten, auch wenn bereits ein Rechtsgutachten der Rosa-Luxemburg-Stiftung existiert, welches die Kompetenzen der Bundesländern dahingehend hervorhebt.
Auch Brandenburger Kommunen haben ihre Bereitschaft angezeigt, Geflüchtete aufzunehmen, indem sie sich zu Städten sicherer Häfen zählen. Darunter sind in Brandenburg Potsdam, Fürstenwalde, Teltow und Schöneiche. Da durch die Corona-Krise Tourist_innen in Brandenburg vorerst ausbleiben, ist in Hotels und Ferienwohnungen Platz für eine dezentrale Unterbringungen. Diese fordert die LINKE seit langem, auch für bereits hier lebende Geflüchtete und schließt sich hier dem Brandenburger Flüchtlingsrat sowie zahlreichen Aktivist_innen an. Diese hatten in Potsdam letzte Woche ihren Protest unter Wahrung des Infektionsschutz auf die Straße getragen. Die Umsetzung dieser Forderungen ist jetzt umso wichtiger um Schutz vor Infektion zu ermöglichen, welcher bisher in Gemeinschaftsunterkünften kaum realisierbar ist. Aus diesem Druck heraus müssen nun endlich Handlungen im Parlament und von der Kenia-Regierung folgen!

Isabelle Vandre.
MdL DIE LINKE

Kinder und Familien auch während Corona vor Armut schützen

Wir dokumentieren an dieser Stelle einen modifizierten Auszug aus einem gemeinsamen Papier der kinder- und jugendpolitischen Sprecher der Bundes- und Landtagsfraktionen der LINKEN zur Frage, wie die Folgen der Corona-Krise für Kinder und Familien verringert werden können.
Die Corona-Krise trifft insbesondere Menschen, die in Armut leben oder von ihr bedroht sind, besonders hart. Menschen im Niedriglohnbereich und atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Werkverträge, Minijobs, Schein- und Soloselbständigkeit etc.) sind mit Jobverlusten und Einkommenseinbußen konfrontiert, die sie selbst nicht abfedern können. Das trifft besonders Frauen, die in diesen Berufen tätig sind. Ihnen bleibt nur der Weg, ALG II zu beantragen. Arme Familien sind mit kleinen Wohnungen konfrontiert und haben wenig Möglichkeiten, sich mit ihren Kindern im öffentlichen Raum zu beschäftigen. 14 % der armen Kindern verfügen über kein Kinderzimmer. Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, die Teil des kindlichen Existenzminimums sind, stehen überwiegend nicht zur Verfügung. Das Mittagessen, das während der Schul- und Kitaschließungen nicht in den Einrichtungen gegessen werden kann, muss aus dem Hartz-IV-Regelsatz beglichen werden, obgleich es da gar nicht vorgesehen ist. Zugleich sind die Preise für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs in der Krise gestiegen. Deswegen fordert z.B. auch das Deutsche Kinderhilfswerk einen Krisen-Aufschlag auf die Grundsicherung für Kinder. Auch Teilhabeleistungen wie ein Sporttraining oder das Erlernen eines Instruments können nicht angeboten werden. Bei Alleinerziehenden verschärft sich die Gesamtsituation. 41,5 % der Alleinerziehenden waren vor der Krise bereits von Armut bedroht; 20 Prozent aller Alleinerziehenden leben mit ihren Kindern in überbelegten Wohnungen. Wegfallende Unterstützungsleistungen, keine Kinderbetreuung, Einkommens- oder Jobverluste und beengter Wohnraum stellen besonders Alleinerziehende mit ihren Kindern vor für sie allein unlösbare Herausforderungen. Gerade weil Unterhaltszahlungen sich verringern könnten oder auszufallen drohen, braucht es einen Ausbau des Unterhaltsvorschusses.
Um die Folgen der Krise für Familien und Kinder abzumildern, braucht es konkrete Maßnahmen. DIE LINKE fordert 200 Euro Krisenzuschlag auf die Grundsicherung pro Kopf rückwirkend ab März. Auf Sanktionen und Vermögensprüfungen muss verzichtet werden. Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket müssen als Teil der Existenzsicherung im Bereich der Grundsicherung gesichert werden und dürfen nicht für Anderes zweckentfremdet



werden. Die Bezugshöhe des Kurzarbeitergeldes muss für alle Beschäftigten auf mindestens 90 Prozent ihres Nettoentgelts erhöht werden. Der Bezug und die Beantragung des Unterhaltsvorschusses müssen unbürokratisch und zügig gestaltet werden; Kindergeld sollte nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Teilhabeleistungen und kulturelle Bildung müssen beispielweise durch kostenlose Onlineangebote der Bibliotheken, kostenlose Instrumentleihe oder kostenlosen Zugang zu Museen, wo diese wieder geöffnet werden, weiterhin ermöglicht werden.

Norbert Müller, MdB

Praktische Hilfe und Abwechslung für Familien in Zeiten von Corona

Am 15.04.2020 übergab Isabel Vandré den ersten Teil von insgesamt 100 Familienferienpaketen , die sie zuvor liebevoll zusammengestellt und gepackt hatte, an soziale Träger und Einrichtungen in Potsdam. Initiiert wurde die Aktion durch die Landtagsabgeordneten Marlen Block und Isabelle Vandre, sowie dem Bundestagsabgeordneten Norbert Müller, der Kreisverband in Potsdam sorgte durch einen Spendenaufruf für weitere Mittel für dieses Zeichen der Solidarität in Krisenzeiten. Isabelle Vandre äußerte sich dazu wie folgt: „Wir wollten den Kindern und Jugendlichen eine kleine Freude bereiten. Deswegen haben wir selbst gespendet, zu Spenden in der LINKEN Potsdam aufgerufen, kleine Geschenke organisiert und insgesamt 100 Pakete im Wert von 1300 Euro gepackt. Wichtig war uns dabei natürlich auch, den städtischen Einzelhandel zu unterstützen. Vielen herzlichen Dank deswegen an den Lakritzkontor, den Spieleladen Galadriel, Step Up, den Parkour im Treffpunkt Freizeit und den Buchladen Sputnik, die nicht nur unkompliziert unseren Wünschen nachkamen, sondern uns auch mit Beratung und Unterstützung beiseite standen.“
Norbert Müller: „Corona hat unser aller Leben auf den Kopf gestellt. Kinder und Jugendliche in Familien mit angespannter finanzieller Situation trifft diese Krise jedoch besonders hart. Sie wird die soziale Spaltung hierzulande weiter vertiefen. Die Lasten der Corona-Krise werden gegenwärtig faktisch privatisiert, dem wollen wir ganz praktisch etwas entgegensetzen.“
Marlen Block: „Träger wie die AWO, die Arche oder das Autonome Frauenzentrum mit ihrem Mädchentreff Zimtzicken, wissen am besten wo aktuell welche Bedarfe bestehen und versuchen alles um die soziale Infrastruktur nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Deswegen haben wir heute damit begonnen ihnen die Pakete zur Weiterverteilung zu übergeben und möchten Ihnen unseren Dank für ihr Engagement und die vielen kreativen Ideen, mit denen sie versuchen durch die Krise zu begleiten, aussprechen.“

Neues Lastenrad für Potsdam geht an den Start

Da es im Moment aufgrund der Corona-Krise nicht viele positive Nachrichten und Termine gibt, haben sich die Verbände im Haus der Natur und die Flotte Potsdam im März 2020 dazu entschieden, wie geplant ein Zeichen für eine nachhaltige Mobilität in Potsdam zu setzen und in kleinem Kreis das neue Lastenrad PKW (Pedalkraftwagen) zu taufen und an den Start zu bringen. Nach längerem organisatorischem Vorlauf bekommt die Flotte Potsdam damit Verstärkung.

Lastenräder in Potsdam – ständig auf Tour

Lastenräder sind praktisch und klimafreundlich. Deshalb erfreuen sie sich einer immer größeren Beliebtheit. Doch nicht jeder hat das Geld und den Platz sich ein eigenes Lastenrad zuzulegen. Deshalb hat ein Netzwerk von Verbänden rund um das Projekthaus Potsdam die Flotte Potsdam ins Leben gerufen, um möglichst vielen Menschen in Potsdam mit einem kostenlosen Lastenrad eine Alternative zum Auto zu bieten. Viele der Potsdamer Räder wurden in der offenen Werkstatt selbst mit den bewährten "XYZ-Cargo" Baukästen gebaut und aus Aluminiumprofilen zusammengeschraubt. Die dreirädrige Trike-Form lässt sich auch von ungeübten Nutzer*innen gut fahren.

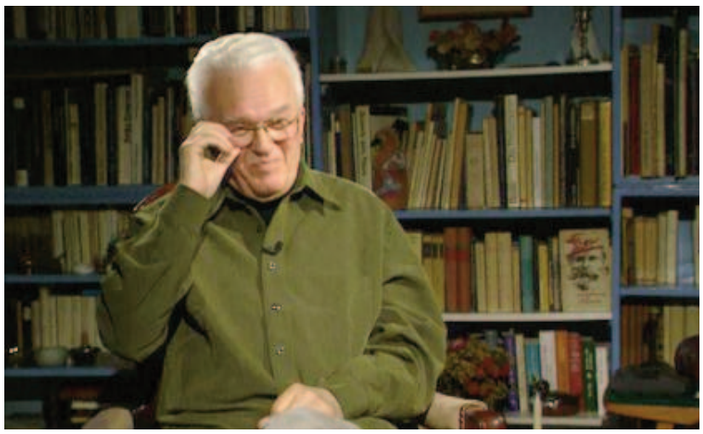


Claudia Günther (NAJU) und Carl Fellenberg (VCD) enthüllen das neue Lastenrad vor dem Haus der Natur. @vcd/Rudel

Haus der Natur wird Ausleihstation

Das neue Lasten-Trike mit dem eine Zuladung bis zu 220kg inklusive Fahrer*in transportiert werden kann, kann seit dem 20. April beim Haus der Natur kostenlos ausgeliehen werden. Den Verleih organisieren der ökologische Verkehrsclub VCD, die NAJU und der Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz e.V. (FÖN). Gebucht werden kann das PKW über https://flotte-potsdam.de/. Interessent*innen müssten am besten vorher bei den Verbänden telefonisch nachfragen. VCD-Brandenburg, Anja Hänel, Geschäftsführerin• Fon 0331/201 55 60 • mobil 0176 320 55 610 • pressel@vcd-brandenburg.de

Wir trauern um Joachim Mückenberger (1926-2020)



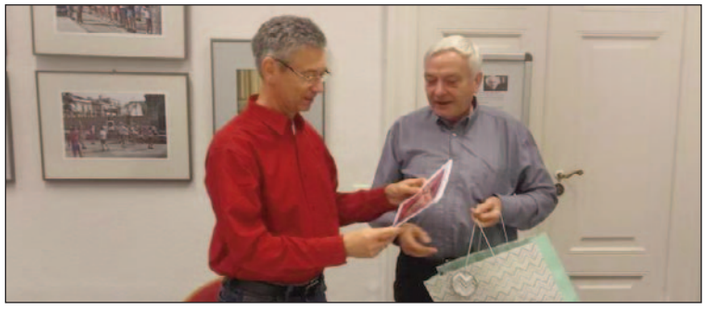
Die Leitung und Mitarbeiter des Filmmuseum Potsdam und der Filmuniversität Babelsberg trauern um Joachim Mückenberger, dem Wegbereiter und engagierten Förderer des Filmmuseums. Als Generaldirektor der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci ab 1968 hat er nicht nur zahlreiche historische Bauten im Park Sanssouci vor dem Verfall gerettet, sondern auch den Marstall im Zentrum von Potsdam einer modernen Nutzung zugeführt. Das Filmmuseum in diesem ältesten Gebäude der Stadt würde es ohne Joachim Mückenberger nicht geben – dafür sind wir ihm sehr dankbar, und nicht nur dafür.

Denn seine für den deutschen Film wichtigsten Lebensleistungen lagen davor. Als junger, gerade mal 35jähriger Hauptdirektor der DEFA ab 1961 leitete er die wohl wichtigste und kreativste Phase des größten Filmbetriebes in der DDR ein. Sogar basisdemokratische Elemente wurden von ihm installiert. Nicht zuletzt setzte er auf problemorientierte kritische Spielfilme, die allesamt dem berüchtigten „Filmplenum“ des ZK der SED von Dezember 1965 zum Opfer fielen und heute im DEFA-Erbe zentral sind. Der Reformer Joachim Mückenberger und seine Frau, die Filmwissenschaftlerin Christiane Mückenberger, waren von dem „Kahlschlag“ an Kunst und Kultur selbst einschneidend betroffen. Beide erhielten 1966 Berufsverbot. Doch ließen sie ihren Lebensmut nicht sinken, verfolgten ihre Ideen von einer anderen demokratischen Gesellschaft weiter – bis nach 1990 und bis in unser Museum hinein.

Joachim Mückenberger ist Mitte März 2020 verstorben. Er wird uns fehlen, wir werden ihn stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Filmmuseum Potsdam/ Filmuniversität Babelsberg

Pressefest der Roten Reporter 2020 geplant



Verabschiedung der LAG Rote Reporter von Reinhard Frank am 9. November 2019 im Lothar Bisky-Haus Foto: Willi Wallroth

In vielen Landkreisen berichten ehrenamtliche "Journalisten" in Kleinen Zeitungen über Angebote, Aktionen, Akteure und Ausblicke der LINKEN. 54 "Rote Reporter", wie sie sich nennen, haben sich im Land Brandenburg zu einer Arbeitsgemeinschaft (LAG) zusammengeschlossen, um sich regelmäßig auszutauschen und sich für eine attraktive Berichterstattung über die Linkspartei in den Regionen zu qualifizieren. Anfang November 2019 verständigten sich Mitglieder der LAG in der Potsdamer Landesgeschäftsstelle der LINKEN darüber, wie sie ihre Zusammenarbeit im kommenden Jahr gestalten. So wollen sie bei ihrem traditionellen Pressefest im Sommer (22. August 2020) in Bernau ihre Zeitungen einem noch breiteren Publikum vorstellen. Das jährliche bunte politisch-kulturelle Programm mit Unterhaltung und Information für Jung und Alt werden in bewährter Weise vor allem Bernauer Genoss*innen gestalten: mit Polit-Talk, Musik, zahlreichen Info-Ständen u. a. von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Cuba Sí und der Zeitung "neues deutschland", mit einem Spendenlauf sowie mit journalistisch-methodischen Übungen für die Roten Reporter. Die Reporter haben sich vorgenommen, in ihren Zeitungen noch breiter für dieses Fest zu werben, um über die zahlreichen Bernauer Besucher hinaus noch einen größeren Zulauf zu erhalten. Die Mitglieder der LAG wollen sich zudem weiterhin jährlich zu einem Klausurwochenende mit thematischer Schulung treffen. Auf der Beratung wählten die Teilnehmer die vier neuen, zum Teil bisherigen, Mitglieder des Sprecher*innenrates der LAG, Berit Christoffers, Anja Kreisel, Heinz Schneider und Bernd Wolter. Zudem bestimmten die Mitglieder ihre zwei Delegierten für den Landesparteitag der LINKEN 2020, Anja Kreisel und Bernd Wolter, um auch hier auf die Bedeutung der Kleinen Zeitungen für die politische Arbeit aufmerksam zu machen.

Herzlich verabschiedeten sie sich vom langjährigen Koordinator ihrer Arbeit in der Geschäftsstelle der LINKEN, Reinhard Frank, der Anfang des neuen Jahres in den verdienten Ruhestand eintrat.

Renate Adolph